



**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS**  
*LANDESVERBAND BERLIN*

**HYDRA e.V.**  
Treffpunkt und Beratung für Prostituierte  
Köpenicker Straße 187/188  
D-10997 Berlin

Kurt-Schumacher-Haus  
Müllerstraße 163  
13353 Berlin

**LANDESGESCHÄFTSFÜHRERIN**  
Fon: 030 - 4692-140  
Fax: 030 - 4692-166  
[anett.seltz@spd.de](mailto:anett.seltz@spd.de)

Hotline: 030 - 4692-222  
[www.spd.berlin](http://www.spd.berlin)

Berlin, 23. August 2021

## **Ihre Wahlprüfsteine zur Berliner Abgeordnetenhauswahl 2021**

Liebe Frau Stöckigt,

herzlichen Dank für Ihre Anfrage und das Interesse an unserem Landeswahlprogramm.

Gerne beantworten wir Ihre Fragen anlässlich der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2021. Die beigefügten Antworten bieten Ihnen und den vielen Sexarbeiter:innen, die Sie im Rahmen Ihrer Arbeit unterstützen, einen Überblick über die Maßnahmen und das Engagement der Berliner SPD für den Schutz der Sexarbeitende in Berlin. Wir verbinden dies mit dem Dank für Ihr wertvolles Engagement während der Pandemie zur Unterstützung von Frauen, die unverschuldet in eine prekäre Notlage geraten sind.

Unser gesamtes Landeswahlprogramm online abrufbar unter: [https://spd.berlin/media/2021/05/SPD-Berlin\\_Landeswahlprogramm.pdf](https://spd.berlin/media/2021/05/SPD-Berlin_Landeswahlprogramm.pdf)

Bei Fragen und weiterem Austauschbedarf stehen wir Euch jederzeit zur Verfügung.

Herzliche Grüße

Lina Najmi

**1) Welche Maßnahmen planen Sie, um Sexarbeiter\*innen in Berlin zu unterstützen und ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern? Wie kann besonders marginalisierten Sexarbeiter\*innen (insbesondere migrantisierte Sexarbeiter\*innen, trans Sexarbeiter\*innen) in der Pandemie und danach bessere Unterstützung zuteilwerden?**

Sexarbeit ist kein Beruf wie jeder andere. Die Besonderheiten und Gefahren dieses Gewerbes, die Sicherheit im Arbeits-, Sozial- und Strafrecht sowie die weitere Entstigmatisierung sind stets im Blick zu behalten – dies gilt auch und gerade in der Pandemiezeit. Viele Sexarbeiter:innen sind von den pandemiebedingten Kontaktbeschränkungen besonders hart getroffen. Deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, dass alle Solo-Selbstständigen und Kleinunternehmen finanzielle Unterstützung erhalten – dazu gehören Sexarbeiter:innen ebenso wie Bordelle und Sexstudios. Im Rahmen der regulären Sozialleistungen sowie der zusätzlichen Corona-Hilfspakete für Solo-Selbstständige gibt es bereits staatlich geförderte ökonomische Hilfen für Sexarbeitende: Sexarbeitende können Sozialleistungen in den zuständigen Ämtern und Job-Centern beantragen. Die Bundesagentur hat während der Pandemie eine Weisung an die Job-Center erlassen, wonach die Neuantragstellung und Weiterbewilligung von Grundsicherung deutlich vereinfacht werden. Auch die Wirtschaftshilfen der IBB für Solo-Selbstständige i.H.v. 5.000 Euro konnten von Sexarbeitenden beantragt werden.

Der Zugang zu den staatlichen Hilfen ist jedoch für die diverse Zielgruppe der Sexarbeitenden in Berlin nicht immer ohne Hürden möglich. So sind viele Sexarbeitende aufgrund des Tätigkeitsverbotes für sexuelle Dienstleistungen mit Körperkontakt in einer prekären Notlage gelandet. Am stärksten von betroffen sind in der Zielgruppe der Sexarbeitenden beispielsweise diejenigen, die keinen Zugang zur Krankenversicherung oder keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben – öfter sind diese Frauen und Transpersonen mit unsicherem Aufenthaltsstatus. Aus diesem Grund hat der Senat unter Führung der SPD für die Finanzierung der Obdachlosenunterkunft „Pumpe“ Mittel i.H.v. 77.000 Euro zur Verfügung gestellt, um Schlafplätze für wohnungslose Sexarbeitende sicherzustellen (vgl. hierzu [Drucksache 18/27310](#) vom 28.04.2021)

**2) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Sexarbeit entkriminalisiert wird und diskriminierende Sondergesetze abgeschafft werden? Wie positionieren Sie sich zu einem sog. Sexkaufverbot oder einer Verschärfung des Prostituiertenschutzgesetzes? Planen Sie Bundesratsinitiativen zu diesem Thema oder eine Positionierung im Landesparlament (analog z.B. zu NRW)?**

Die SPD Berlin spricht sich klar gegen ein Sexkaufverbot aus. Ein Sexkaufverbot kriminalisiert die Tätigkeit von Sexarbeiter:innen und verstärkt die Stigmatisierung, die mit ihrer Arbeit einhergeht. Ihre Dienstleistung wird durch das Verbot vom öffentlichen Raum in den privaten Raum und vergleichbar schlecht geschützte Räume verdrängt, wodurch sich das Risiko für eine Infektion mit übertragbaren Krankheiten und Gewalttaten erhöht, die bei einem Verbot schwerer zur Anzeige gebracht werden können. Rechtlich verschlechtert ein Verbot die Situation derer, die diesen Beruf selbstbestimmt ausüben. Ihnen wird sowohl das Recht auf körperliche Selbstbestimmung genommen als auch das Recht auf die Vertretung der eigenen Interessen: Die Bildung eines eigenen Berufsverbandes wäre beim Schwedischen Modell beispielsweise nicht zulässig. Die rechtliche Situation von Sexarbeiter:innen, die gegen ihren Willen tätig sind, würde durch ein Verbot insofern ebenfalls verschlechtert, dass sie für die Hilfs- und Beratungsangebote noch schlechter erreichbar wären. Eine Aufklärung über die eigenen Rechte und die Information über Ausstiegsmöglichkeiten wären folglich stark erschwert, gesundheitliche Prävention nicht möglich.

Die Berliner SPD setzt sich deshalb dafür ein, das Prostituiertenschutzgesetzes (ProstSchG) ausführlich zu evaluieren und entsprechend der Ergebnisse anzupassen und zu überarbeiten. Im Zuge dessen soll die

Perspektive von in der Sexarbeit tätigen Personen einbezogen werden, um Regulierungsmaßnahmen bedarfsgerecht auszugestalten. Verbote oder neue, restriktive Maßnahmen sollen nicht eingeführt werden, ohne deren Wirksamkeit im Zuge der Evaluation zu prüfen und festzustellen. Unser Parteitag hat am 31.10.2020 einen entsprechenden Beschluss zur Novellierung des ProstSchG gefasst. Hierbei sollten folgenden Punkten geändert werden:

- Die **Anmeldepflicht für Sexarbeiter:innen zu einer Beratungspflicht** umgewandelt wird;
- Bei der Anmeldung auch weiterhin andere Tätigkeiten angegeben werden können;
- Der **sogenannte „Hurenpass“ abgeschafft wird**;
- Die Beratungsangebote massiv ausgebaut werden;
- Ein **Plan zur Bekämpfung des Menschenhandels** im Zusammenhang mit der Prostitution vorgelegt wird;
- Dafür soll eine Art runder Tisch mit den verschiedenen Akteuren zum Thema Sexarbeit initiiert werden, der einen Aktionsplan entwickelt und finanziell ausreichend ausgestattet wird.

Auch auf Bundesebene stellen wir Sozialdemokrat:innen klar: **Ein Sexkaufverbot lehnen wir derzeit ab.** Die einschlägigen Strafrechtsnormen und des Strafprozessrechts sollen einer realitätsnahen Überprüfung unterzogen werden, insbesondere mit Blick auf Strafrahmen und neuere strafbare Lebenssachverhalte.

- 3) Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Empfehlungen des Handlungskonzepts nachhaltig umgesetzt und die Arbeit des Runden Tisches weitergeführt werden kann?**
- 4) Setzen Sie sich in den kommenden Haushaltsverhandlungen dafür ein, dass diese Projekte weiterhin gesichert finanziert und zusätzliche Projekte umgesetzt werden können?**

Fragen 3) und 4) werden zusammen beantwortet.

Die Berliner SPD hat sich dafür eingesetzt, im Doppelhaushalt 2020/2021 Mittel zur Umsetzung der am Runden Tisch Sexarbeit entwickelten Maßnahme in Höhe von 500.000 Euro pro Jahr zu verankern. Von den insgesamt 500.000 Euro sind 300.000 Euro für bezirkliche Maßnahmen und 200.000 Euro bei der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung etatisiert. Auch in der kommenden Legislaturperiode werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Handlungsempfehlungen umgesetzt werden und hierfür eine ausreichende Finanzierung sichergestellt wird.

- 5) Wie setzen Sie sich für die Belange von trans Sexarbeitenden ein? Gibt es Pläne, eine Notunterkunft für diese Zielgruppe in der Nähe des Bülowkiez zu schaffen? Ist durch Ihre Partei in Berlin eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung des Transsexuellengesetz (TSG) geplant?**

Als Berliner SPD fühlen wir uns der Trans-Community verbunden, setzen uns für ihren Schutz ein und unterstützen die Community aktiv bei ihrem Empowerment. Ihren Schutz vor Verdrängung aus dem öffentlichen Raum sowie vor Diskriminierung, Belästigung und Gewalt sehen wir als unsere Verpflichtung an – das gilt auch für Trans-Sexarbeitende. Für den Schutz von Trans-Menschen aber auch von anderen Teilen der LGBTQI\*-Community haben wir mit der Initiative **„Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV)** einen außergewöhnlichen Maßnahmenplan initiiert. Diesen werden wir umsetzen und dauerhaft weiterentwickeln. **Die SPD Berlin setzt sich für die Abschaffung des Transsexuellengesetzes ein.** Regelungen zur Unterstützung informierter Entscheidungen von Personen, die ihren Personenstand ändern wollen, wollen wir schnellstmöglich umsetzen. Wir wollen außerdem die **Förderung von Trans\*-Selbsthilfegruppen** weiter ausbauen. Zudem streben wir an, dass im stationären und ambulanten Pflegedienst sowie in Hospizen eine transensible Qualifizierung und Zertifizierung etabliert wird. Die besonderen Bedürfnisse von queeren Menschen im Gesundheitsbereich, vor allem die Bedürfnisse von trans\* Personen, werden wir verstärkt berücksichtigen.

**6) Wie wird sich ihre Partei dafür einsetzen, dass migrantische Sexarbeiter\*innen die Möglichkeit bekommen, legal in Deutschland der Sexarbeit nachzugehen?**

Das Ziel der SPD ist es, den Schutz und die allgemeinen Lebensbedingungen für Menschen, die der Sexarbeit nachgehen, zu verbessern. Mehrsprachige und niederschwellige Beratungsangebote müssen in dem Umfang und der Qualität angeboten werden, die den individuellen Notwendigkeiten und Erfordernissen der Sexarbeitende entsprechen. Wir bewerten es als dringend geboten, dass die Angebote ausgebaut und langfristig gestärkt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass das Aufenthaltsrecht von ausländischen Betroffenen von Menschenhandel und Zwangsprostitution nicht länger von deren Bereitschaft, im Strafverfahren gegen ihre Peiniger:innen auszusagen, abhängig ist. Wir bekennen uns zudem weiterhin zur Verantwortung, allen Menschen in der Stadt ein Leben in Würde und ohne Angst zu ermöglichen. **Kettenduldungen lehnen wir ab. Bestehende Arbeitsverbote für geduldete Menschen wollen wir daher durch eine Aufenthaltserlaubnis beenden** und somit den Zugang zur Erwerbstätigkeit ermöglichen.